

Vorsitzender:
Sebastian Hyneck
Friedrich-Naumann-Weg 14
89522 Heidenheim
0151 59246804
heidenheim@vcd.org
heidenheim.vcd-bw.de

Heidenheim, 20.07.2021

Nein zur Ostumfahrung Giengens!

Nächsten Donnerstag wird parallel in Giengens und Hermaringens Gemeinderäten über die Änderung des Flächennutzungsplanes abgestimmt. Damit soll der Weg freigemacht werden für den weiteren Straßenbau für PKW- und Schwerlastverkehr, konkret die seit den 70ern geplante Ostumfahrung Giengens als Teil der Stadtrandstraße.

Inhaltlich hält der VCD die vorgelegten gleichlautenden Anträge nicht für überzeugend: Berechtigterweise werden die Ziele und Grundsätze des geltenden Landesentwicklungsplans Baden-Württemberg von 2002 zitiert: ‚Eine Verlagerung auf umweltverträgliche Verkehrsträger und eine Vermeidung zusätzlichen motorisierten Verkehrs; die natürlichen Lebensgrundlagen dauerhaft zu sichern; die Naturgüter Boden, Wasser, Luft und Klima sowie die Tier- und Pflanzenwelt zu bewahren und die Landschaft in ihrer Vielfalt und Eigenart zu schützen.‘ Die vorgelegten Anträge zur Ostumfahrung sind das genaue Gegenteil, findet der VCD: Mehr motorisierter Verkehr, Schädigung der natürlichen Lebensgrundlagen, Versiegelung von landwirtschaftlicher Fläche und Zerstörung Landschaft, Tier- und Pflanzenwelt.

„Sind die Überschwemmungskatastrophen noch nicht nah genug? Wir erleben in Deutschland schon das dritte Jahrhunderthochwasser in 20 Jahren. Der Klimawandel ist bereits da. Hören wir auf, ihn weiter zu befördern“, appelliert Sebastian Hyneck, VCD-Kreisvorsitzender, an den gesunden Menschenverstand. „Jedem ist doch inzwischen klar, dass es so wie bisher nicht weitergehen kann!“ Er bittet die Gemeinderäte in Giengen und Hermaringen: „Stimmen Sie gegen die weitere Versiegelung unserer Böden!“ Neue Lösungen müssen die aktuelle Wertediskussion mit Verkehrswende, Klimawandel und Digitalisierung stärker reflektieren.

Mit dem Tempo 30 in der Beethovenstraße vor dem Gymnasium und der Planung für die Planierstraße sind erste gute Schritte zur Stärkung besserer Mobilitätsformen getan, lobt der VCD. Giengen hat weitere gute Voraussetzungen für menschen- und umweltfreundliche Mobilität: Es liegt verkehrsgünstig an der Brenzbahn, ein Anschluss des Gewerbegebietes Ried sei problemlos möglich. Es lohne sich den Personenbahnhof aufzuwerten und besser anzubinden, da er innenstadtnah gelegen sei. Dafür, ebenso wie für ein verbessertes Radwegenetz und Busangebot, sei das Geld, das sonst in die Ostumfahrung fließe, deutlich sinnvoller angelegt. Beispielsweise seien Mitarbeiter-Buslinien zu BSH, Ziegler und Steiff sinnvoll, ebenso wie die Förderung von Fahrgemeinschaften. Eine integrierte Mobilitätsplanung mit einem Konzept für die Raumschaft Giengen mit Teilorten, Hermaringen und Bachtal sei angezeigt, analog zum "Mobilitätspakt AA-HDH".

In den Siebziger Jahren war bereits bekannt (und teilweise politisch gewollt): Wer Straßen baut, wird Verkehr ernten. Heute ist es schlimmer: Wer Straßen baut, erntet nicht nur mehr Verkehr sondern wird auch Klimakatastrophen ernten. Da hilft es nicht, nach Stuttgart und Berlin zu zeigen. Vor Ort wird gehandelt, in Hermaringen und Giengen werden die Weichen in die Zukunft gestellt. Wie diese aussieht, entscheiden die gewählten Vertreter. „Der VCD ist gerne bereit, mit verkehrspolitischem Sachverstand und großem Engagement bei der Entwicklung von Alternativen zu unterstützen. Andere, bessere Mobilität entlastet die Innenstadt und macht sie menschenfreundlicher und lebenswerter. Lassen Sie uns heute so planen und entscheiden, dass die Welt auch morgen noch für unsere Kinder und Enkel lebenswert ist!“ sagt Sebastian Hyneck vom Kreisverband VCD Heidenheim e. V.

Pressemitteilung des VCD Heidenheim e. V.

Der VCD wurde 1986 gegründet und hat deutschlandweit etwa 55.000 Mitglieder. Er versteht sich als verbraucherorientierter Umweltverband, der sich für nachhaltige Mobilität einsetzt und die Interessen aller ökologisch orientierten Verkehrsteilnehmer vertritt. Starke Auftrieb erhält er durch die jüngste klimapolitische Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes aus Karlsruhe, das die Politik zu mehr Klimaschutz verpflichtet. Insbesondere der Verkehrssektor hat seine notwendigen CO₂-Einsparungen bislang nicht erreicht – wegen der Entscheidungen in Berlin und Stuttgart, aber auch vor Ort in den Landkreisen und Gemeinden.